



Wortprotokoll der 67. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 26. Juni 2024, 17:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E.700

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

Tagesordnung – Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 4**

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung -
Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 20(26)122

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 4**

**Bericht über die Delegationsreise vom 14. bis 19.
April 2024 nach Dänemark und Finnland**



Tagesordnungspunkt 3 **Seite 8**

Berichte aus den Berichterstättergruppen und zu
zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den
Ausschüssen

hier u.a. Bericht aus dem **Gesundheits-**Ausschuss

Tina Rudolph, MdB

und/oder

Johannes Wagner, MdB

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 10**

Verschiedenes



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kleebank, Helmut Rudolph, Tina Zorn, Armand	Abdi, Sanae Kersten, Dr. Franziska Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Wagner, Dr. Carolin
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Kaufmann, Dr. Stefan Mayer-Lay, Volker Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang Weiss, Maria-Lena	Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas Mannes, Dr. Astrid
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ganserer, Tessa Menge, Susanne Wagner, Johannes	Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelsen, Swantje Henrike
FDP	Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Willkomm, Katharina	Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad
AfD	Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer	Bleck, Andreas Kaufmann, Dr. Michael



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie zur 67. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE). Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich zwei Geburtstagskindern gratulieren. Am 15. Juni 2024 hatte unser Kollege Ralf Brinkhaus und am 22. Juni unser Kollege Volker Mayer-Lay Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch.

Tagesordnungspunkt 1

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung - Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 20(26)122

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Damit sind wir bei TOP 1, Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung und Beschlussfassung über die Votenliste. Es gab keine Prüfbitten, aus diesem Grund haben wir die Beschlussfassung ohne Aussprache vorgesehen. Ich darf also diejenigen, die der Votenliste zustimmen wollen, um ihr Handzeichen bitten. Das sind ausnahmslos alle Fraktionen. Damit ist die Votenliste einstimmig angenommen. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt 2

Bericht über die Delegationsreise vom 14. bis 19. April 2024 nach Dänemark und Finnland

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): TOP 2, Bericht über die Delegationsreise vom 14. bis zum 19. April 2024 nach Dänemark und Finnland. Der Kurzreisebericht wurde vom Sekretariat versandt. Ich möchte an dieser Stelle einige meiner persönlichen Highlights hervorheben. Danach sind die Kolleginnen und Kollegen, die mit dabei waren, herzlich eingeladen, Ergänzungen vorzunehmen.

Unsere Delegationsreise begann in Dänemark, in Kopenhagen. Bei der Einführung wurde deutlich, dass die Umstellung auf nachhaltige Energieversorgung in Dänemark mit ein paar Jahrzehnten Vorsprung bereits in den 1970er Jahren begonnen hat. Anlass war die damalige Ölkrise. Die Älteren unter uns werden sich daran erinnern. Das hatte zur Folge, dass weite Teile Dänemarks heute – mit einer Quote von 79 Prozent – mit Fernwärme versorgt sind. In

Kopenhagen sind es sogar bis zu 98 Prozent. In Berlin sind innerhalb der nächsten Jahre 50 Prozent avisiert, also deutlich weniger.

Ein Highlight war für mich das Gespräch mit Mitgliedern des *2030 Network* des dänischen Parlaments. Ich hatte allerdings den Eindruck, dass sie nicht viel weiter sind als wir. Ich möchte ein paar Eckdaten dazu nennen. Dieses Netzwerk wurde im Jahr 2017 gegründet. Es besteht aus Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Den Vorsitz teilen sich Opposition und Regierung und es gehören 55 Mitglieder an, wobei alle selbst entscheiden, wie sie sich einbringen. Einmal jährlich gibt es einen Statusbericht zur Umsetzung der SDGs (Sustainable Development Goals). Eine der Hauptaufgaben besteht in der Netzwerkarbeit mit Wirtschaftsverbänden und NGOs (Nichtregierungsorganisationen). Es gibt einen koordinierenden Minister in der Regierung. Man arbeitet dort mit langfristigen Abreden zu bestimmten Politikbereichen. Das ist ein Format, das bei uns so nicht bekannt ist. Darüber haben wir bereits einmal im Zusammenhang mit den Strategien der Regierung gesprochen. Sie sind nicht als formelles Gremium des Parlaments konstituiert, haben aber doch ganz ähnliche Aufgaben wie wir hier: Fachgespräche führen, sich in der Sache aufklären lassen und insofern Zukunftsstrategien mit und weiter zu bearbeiten. Ein vollwertiger Ausschuss soll dort derzeit nicht installiert werden. Man verfolgt im Parlament das Ziel, die Zahl der Ausschüsse zu verringern.

Wir haben mit der stellvertretenden Staatssekretärin im Ministerium für Klima, Energie und Versorgung gesprochen. Dänemark sieht sich durch seine große Seefläche und sehr viel Potenzial für Windstrom und Windenergie klar in der Rolle, zukünftig ein möglicherweise wichtiger Wasserstofflieferant auch für die Bundesrepublik zu werden. Dies setzt eine entsprechende Infrastruktur voraus. Auch sogenannte Energieinseln können zum Einsatz kommen. Interessant war auch die Einführung einer Steuer für Flugpassagiere auf Inlandsflugrouten.

In einem Gespräch mit der stellvertretenden Staatssekretärin vom dänischen Umweltministerium stand Grundwasserschutz im Vordergrund. Insbesondere die Belastung mit Pestiziden ist in Dänemark ein erhebliches



Problem. Auch über Glyphosat wurde gesprochen und über die Herstellerverantwortung für Verpackungen. Das ist ein Thema, das alle Industrienationen und nicht nur Dänemark beschäftigt.

Wer nach Kopenhagen fährt, sollte einen Abstecher in das *Blox* machen. Das ist ein besonderes Zentrum, das sich insbesondere der Nachhaltigkeit verschrieben hat. Hervorzuheben sind die Nutzungsmischung und die besondere Architektur. Auch die Innengestaltung dieses Hauses ist sehr bemerkenswert. Die Nutzung umfasst neben allgemeinen Flächen für Ausstellungen Flächen für Wohnen, Fitnessstudio, Shops und Restaurants und vor allen Dingen Büroflächen für Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Organisationen. Aus meiner Sicht ist dies sehr sehenswert und wahrscheinlich auch im Moment europaweit ziemlich einmalig.

Wichtig war das Gespräch mit Vertretern von „Ørstedt Dänemark“, einem großen Energieversorger. Hier ging es um Windkraft, aber auch um CCS (Carbon Capture and Storage), worin Dänemark bekannterweise viel Potenzial sieht.

Es fanden weitere Veranstaltungen statt, auf die will ich jetzt nicht weiter eingehen. Ich möchte aber noch kurz etwas zu Finnland sagen.

Neben den üblichen Briefing-Terminen gab es ein Gespräch mit dem Zukunftsausschuss des finnischen Parlaments. Das ist eine Art Pendant, allerdings mit einer strengeren Ausrichtung auf den Zukunftsaspekt. So erhalten beispielsweise alle Mitglieder des Zukunftsausschusses zu Beginn einer Wahlperiode eine Fortbildung zum Thema Zukunftsforschung. Es gibt regelmäßig eine Plenardebatte, wenn der Ausschuss einen Bericht vorgelegt hat. Der Premierminister selbst ist korrespondierendes Regierungsmitglied. Bei uns ist die Zuständigkeit für Nachhaltigkeit auch im Kanzleramt angesiedelt und die Regierung veröffentlicht einmal in der Legislatur einen Bericht zu langfristigen Zukunftsperspektiven. Der Zukunftsausschuss organisiert Bürgerkonferenzen in den Regionen des Landes zusammen mit dem Büro des Premierministers. Ein interessantes Format, denn das Thema Nachhaltigkeit in seiner Breite bewegt uns alle, es

durchdringt alle Lebensbereiche und es ist für alle Regionen des Landes relevant. Wir diskutierten auch viel über Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Das ist ein interessanter Aspekt, über den man eventuell nachdenken könnte.

Abschließend seien noch zwei Unternehmen benannt, die ich für sehr innovativ halte und die wir uns in Aktion anschauen konnten. Zum einen das Unternehmen „Solar Foods“, das aus CO₂, Wasser, Energie und noch ein paar anderen Zutaten mithilfe einer Fermentierungsanlage Proteine für den menschlichen Verzehr herstellt. Ergebnis ist ein Proteinpulver, das als Zusatz für alle möglichen Nahrungsmittel oder Produkte dienen kann. Ausdrücklich ist es kein Fleischersatz. Für die Produktion werden CO₂ sowie relativ wenig Energie benötigt. Ich habe vorhin Dänemark und das Thema CCS erwähnt, wo es um das Einspeichern von CO₂ in der Erdkruste geht. Eine Alternative dafür ist eine Verwendung von CO₂ für die Herstellung von Produkten. Dafür war „Solar Foods“ ein beeindruckendes Beispiel. Mindestens genauso interessant und aus meiner Sicht wegweisend ist das Unternehmen „Sulapac“. Dort werden Produkte aus einem Material hergestellt, das, ich sage das jetzt mit meinen Worten, plastikähnliche Eigenschaften hat, aber sich an zwei Stellen enorm unterscheidet. Zum einen ist der Ausgangsstoff für die Herstellung Biomaterial, also Biomasse. Es ist nach der Benutzung am Ende voll kompostierfähig. Der Unterschied zu den Plastikmaterialien, die wir kennen, besteht darin, dass es nicht wie Mikro- oder Nanoplastik lediglich zerrieben wird und damit Jahrhunderte in der Natur verbleibt und sich anreichert, sondern es ist tatsächlich kompostierbar und wird so in den Biokreislauf zurückgeführt. Abgesehen davon ist es auch recyclingfähig. Das heißt, es kann im Nutzungskreislauf gehalten werden, was energetisch noch sehr viel günstiger ist, als wenn man es jedes Mal neu aus Biomasse generieren würde.

Ich kann für mich resümieren: Die Reise war sehr informativ und lohnend. Ich öffne jetzt die Runde für mögliche Ergänzungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Frau Rudolph, bitte.

Abg. **Tina Rudolph** (SPD): Vielen Dank. Das war schon ein sehr ausführlicher Reisebericht. Ich



möchte aber dennoch einen Eindruck schildern, den wir in beiden Staaten gewinnen konnten. Ich fand es in Dänemark sehr beeindruckend, die Mentalität hinter der Nachhaltigkeit wahrzunehmen. Die Referentin der dänischen Architektenkammer sagte im *Blox* den Satz, der mir am meisten im Gedächtnis geblieben ist: „Make the sustainable choice the inevitable choice“. Also es wird gar nicht geguckt, dass man explizit nachhaltig handeln soll, sondern alle Prozesse werden so gestaltet, dass man automatisch nachhaltig handelt und das ist die ökonomische, die bessere, die einfach naheliegende Option in allem, was man tut. Jetzt muss man fair bleiben und berücksichtigen, dass Dänemark nicht so viel Schwerindustrie hat wie wir und auch energetisch einfach andere Voraussetzungen hat. In Dänemark wurden manche Sachen eher begonnen, Fernwärme wurde bereits erwähnt. Ich habe von dort das sehr positive Gefühl mitgenommen, dass man sehr weit kommt, wenn man versucht, Nachhaltigkeit nicht als Nischenthema zu behandeln, sondern als wirtschaftlichen Faktor. Beispielsweise indem man den Fokus auf innovative Unternehmen am Markt richtet, die nachhaltige Produkte herstellen, auch im Lifestyle-Bereich, für nachhaltiges Essen, für Innovationen. Es ist nicht zu verachten, was dann nachkommt an Studienplätzen oder Forschungskapazitäten. Die Stadt Kopenhagen beispielsweise sagt, wir wollen attraktiv sein, wir investieren in Spielplätze und Grünflächen und Fahrradwege, damit Menschen gern dorthin kommen und leben wollen. Das war sehr beeindruckend.

Um ein bisschen Wasser in den Wein zu geben: In den Gesprächen kamen auch ähnliche Probleme zu Tage wie bei uns. Das Stadt-Land-Gefälle ist ziemlich groß, Mieten und Preise in den Städten sind anders als im ländlichen Raum und es wird jetzt auch nicht alles mit unglaublich großer Akzeptanz getragen mit Blick auf die hohen Steuerraten. In Finnland meine ich, wurde gesagt – beide Länder sind ja in vielem auch vergleichbar – dass, wenn man versucht, beispielsweise Steuern auf Fleisch noch mehr zu erhöhen, um den Umweltaspekt zu berücksichtigen, sei dies problematisch. Was mich in beiden Ländern beeindruckt hat, ist bei diesem Thema der grundsätzliche politische Konsens. Die anderen werden sich erinnern: In Finnland ist es so, dass

sich alle Parteien vor einer Neuwahl erklären müssen, wie sie sich zu bestimmten Themen innerhalb eines Grundkonsens verhalten. Man denkt nicht in Wahlprogrammen. Das Thema Nachhaltigkeit ist in Abkommen festgehalten, die auf viel längere Zeit bestehen bleiben. Wir machen das hier ähnlich mit der Arbeit an der Agenda 2030. Das ist etwas, was auf einen längeren Zeitraum ausgerichtet ist, aber wir behandeln das Thema hier nur im Beirat. Dort spielt es auf einer größeren politischen Ebene eine Rolle. Ich glaube, alle können sich daran erinnern, dass wir dachten, das hätte ich auch gerne, also dass manche Sachen in einem politischen Grundkonsens einfach klar sind und dass an diesen Linien keine politischen Konflikte ausgetragen werden. Wie sie es aber genau machen, konnte uns nicht erklärt werden. Es ist dort einfach normal und das war sehr beeindruckend.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank für die Ergänzung. Jetzt habe ich Herrn Schreiner gesehen.

Abg. **Felix Schreiner (CDU/CSU):** Ich kann mich dem nur den Ausführungen anschließen. Alles, was gesagt wird, ist richtig und teilen wir auch.

Mich hat die Implementierung ins tagespolitische Geschäft sehr beeindruckt. Wir sind dieser Dame im Büro des Premierministers bzw. in der Staatskanzlei begegnet, die weit über Fraktionsgrenzen hinweg eine große Authentizität in dem Thema hatte und auch direkt Zugriff auf jedes Ministerium. Das könnte auch eine Antwort für uns sein, wie wir mit dem Thema Nachhaltigkeit stärker in alle Bereiche vordringen: Eine Stabstelle ganz oben mit einem Durchgriffsrecht. Abschließend möchte ich mich bei Ihnen, Herr Kleebank, als unseren Delegationsleiter und bei Ihnen, Herr Zimmermann, und Ihrer ganzen Mannschaft für die Vorbereitung bedanken. Es war ein intensives, tolles Programm, hinter dem sehr viel Arbeit steckt und dafür ein Dankeschön von uns allen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, auch im Namen des Sekretariats. Das Beste ist natürlich, wenn die Delegationsteilnehmerinnen und -teilnehmer viele Erkenntnisse und beeindruckende Dinge mitnehmen. Frau Menge, bitte.



Abg. **Susanne Menge** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann mich dem anschließen. Ich habe auch eine sehr positive Grundstimmung gespürt, anders als bei uns in der Gesellschaft. Ich habe manches Mal gedacht, liegt es vielleicht daran, dass in Dänemark zum Beispiel ein zehnjähriges Schulsystem herrscht und anschließend die Jugendlichen sich entscheiden können, ob sie weitermachen? Uns sind ausnahmslos wirklich dynamische und nach vorn blickende, gut ausgebildete Menschen begegnet. Das fand ich beeindruckend. Bemerkenswert fand ich die Weitergabe der vertraglichen Vereinbarung. Nicht, dass man nach der Legislatur abgibt, was man erarbeitet hat und was ja eigentlich einen gemeinschaftlichen Konsens haben kann, sondern dass man das interfraktionell vertraglich vereinbart, dass es weitergeht.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Herr Dr. Kraft und dann Frau Hagl-Kehl.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Vielen Dank. Ich kann mich dem Lob nur anschließen. Es war eine hervorragende Reise, die wirklich Lust auf die kommende Reise macht. Das Highlight war das Essen bei 'Solar Foods' – eine wirklich revolutionäre und beeindruckende Idee.

Ich möchte eine absolut wertfreie Beobachtung teilen, wirklich wertfrei. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass ich jetzt besonders klug oder, auf gut Bayerisch gesagt, 'blöd daherrede'. In Finnland hatten wir drei oder vier Gremien kennengelernt, darunter den Berater des Premierministers und das 'Committee for the Future', das sich seit über 20 Jahren mit Zukunftsfragen beschäftigt. Ein immer wiederkehrendes Thema war das aufziehende demografische Problem, das ganz ähnlich wie bei uns ist. Trotzdem wurde uns mitgeteilt – und ich habe es auch überprüft, es stimmt –, dass das vergangene Jahr 2023 tatsächlich das Jahr mit der schlechtesten Demografie in Finnland war. Das bedeutet, dass das 'Committee for the Future' vor über 20 Jahren ein Problem identifiziert hat, und dennoch war 2023 das bislang schlechteste Jahr in Bezug auf die demografische Entwicklung. Das ist besonders bemerkenswert in einem Land wie Finnland, das – wie viele skandinavische Länder – bei der Gleichberechtigung von Frauen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie weit

fortgeschritten ist, sogar weiter als Deutschland, was wohl jeder hier im Raum anerkennen wird. Das also als wertfreie Beobachtung: Obwohl das Problem seit 20 Jahren erkannt ist und eigentlich eine hohe Priorität für Gesellschaft und Politik haben müsste, ist keine signifikante Verbesserung zu beobachten. Trotz allem.

Ich will daraus keine politischen Schlüsse ziehen, will nicht sagen, welche politische Richtung hier recht hat oder irgendwas. Nur als wirklich wertfreie Beobachtung, dass sowas passieren kann. Warum auch immer.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Eine interessante Beobachtung, die sicherlich einer genaueren Betrachtung bedarf, da sie sonst schwer zu erklären ist. Frau Hagl-Kehl, bitte.

Abg. **Rita Hagl-Kehl** (SPD): Auch ich fand es eine sehr beeindruckende Reise, obwohl ich beide Länder schon mal erlebt habe, aber jetzt mit einem anderen Fokus. Dänemark hat schon vor langer Zeit gesagt, wir müssen weg vom Öl und von fossilen Brennstoffen. Das ist bei uns momentan noch immer in der Debatte. In Dänemark wurde es mit der Fernwärme umgestellt, um sich nicht in Abhängigkeit zu begeben. Das ist sehr beeindruckend. Zu dem anderen Thema, das der Kollege gerade genannt hat, möchte ich noch etwas ergänzen. Die Frauen sind mit einem ganz anderen Selbstbewusstsein ausgestattet, die Gleichberechtigung ist viel weiter fortgeschritten, was auch damit zusammenhängt, dass es in Finnland keine Witwenrente gibt. Bei uns ist die Frau versorgt durch den Mann. In Finnland muss jeder für sich selbst sorgen. Das heißt, die Frauen gehen zu 95 Prozent in Vollzeit arbeiten. Wenn ich dann ausrechne, wie hoch der Fachkräftemangel in Deutschland ist, da könnte man schon einiges damit auffüllen. Aber das ist eben eine andere Mentalität und einer anderen politischen Entwicklung geschuldet. Bei uns war in den zurückliegenden Jahren eine eher konservative Zielrichtung in der Gesellschaft vorhanden, in der man sagt, wenn man verheiratet ist, dann steht man für sich ein. Bei uns ist das im Grundgesetz so verankert.

Ein anderes Thema ist auch, dass die Jugendlichen ein Art „BAföG“ (Statens Uddannelsesstøtte (SU)) bekommen, wenn sie



studieren wollen, und dass sie zehn Stunden in der Woche arbeiten müssen. Also es bekommt jeder ein „BAföG“ von ungefähr 800 Euro, das ist nicht wenig, aber es muss jeder zehn Stunden einer Beschäftigung nachgehen, für die er natürlich auch bezahlt wird. Dann kann man schon beobachten, dass in der Gastronomie viele junge Menschen arbeiten. Ich komme aus dem Tourismusausschuss. Bei uns ist es ein großes Problem, dass wir nicht mehr diese jungen Menschen haben, die früher während des Studiums gearbeitet haben. Weil niemand mehr in der Gastronomie arbeiten will, müssen jetzt Gaststätten schließen. Mit dieser „Verpflichtung“, die monetär honoriert wird und dem „BAföG“ gibt es eine ganz andere Einstellung, dass jeder sich selbst versorgen muss. Das müsste man vielleicht hier in Deutschland mit dem Fachkräftemangel auch bedenken.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Ich habe jetzt noch einmal Frau Rudolph gesehen. Ich würde dann die Redeliste schließen. Frau Rudolph, bitte.

Abg. **Tina Rudolph (SPD):** Ich wollte auf eine gewisse wertfreie Feststellung reagieren und habe ganz kurz die Geburtenraten beziehungsweise den Fertilitätsindex nachgesehen. Also Dänemark ist schon besser als Deutschland, trotz einer wesentlich höheren Quote bei der Erwerbstätigkeit von Frauen. Es lässt sich also miteinander vereinbaren, das ist kein Ausschlussgrund. Ich wollte noch ein paar andere Indizes mit hineinbringen. Das war nicht der einzige, bei dem wir Ländervergleiche gezogen haben. Das demografische Problem haben beide Länder auch geschildert. Bei anderen Indizes, wie dem Happiness Index, sind Dänemark und Finnland stets verlässlich unter den besten fünf Ländern zu finden. Ebenso schneiden beide Länder in Attraktivitätsindizes für Studierende, Fachkräfte und im Wirtschaftsindex sehr gut ab. Und das, obwohl – wie Frau Hagl-Kehl und viele andere auch schon betont haben – Faktoren wie eine hohe Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine entsprechend hohe Erwerbstätigenquote bei beiden Geschlechtern gegeben sind. Zudem gibt es eine umfassende soziale Versorgung, kostenfreies Mittagessen für Kinder und Jugendliche an Schulen ist dort selbstverständlich, und die Finanzierung der

Ausbildung ist über alle Bildungs- und Herkunftsbereiche hinweg weniger problematisch als bei uns. Trotz dieser Rahmenbedingungen, die von einer hohen sozialen Verantwortung geprägt sind – etwa durch freiwillige Dienststunden –, erzielen diese Länder weiterhin bemerkenswerte Ergebnisse.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank für die Ergänzung. Damit haben wir ein umfassendes Bild zeichnen können und wenn es noch Nachfragen gibt, dann können diese individuell platziert werden. Damit schließe ich TOP 2 und komme zu TOP 3 Bericht aus dem Gesundheitsausschuss.

Tagesordnungspunkt 3

Berichte aus den Berichterstättergruppen und zu zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den Ausschüssen hier u.a. Bericht aus dem Gesundheits-Ausschuss hier: Tina Rudolph, MdB und/oder Johannes Wagner, MdB

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Aus unserer Runde sind Frau Rudolph und Herr Wagner im Gesundheitsausschuss. Wer beginnt?

Abg. **Tina Rudolph (SPD):** Ich fange an. „Nachhaltigkeit“ beziehungsweise die Ziele der Agenda 2030 spielen auch im Gesundheitsausschuss eine Rolle, ohne dass das immer so explizit gesagt wird. Ich würde ein paar Sachen nennen wollen, die uns in den letzten Monaten im Gesundheitsausschuss beschäftigt haben und Herr Wagner wird das sicherlich gerne ergänzen. Schwerpunkte sind unter anderem „Prävention und Gesundheitsförderung“, zu denen ja auch die heutige Sitzung des Beirats stattfinden wird. Die letzte Bundesregierung hat mit dem Pakt für den ÖGD (Öffentlicher Gesundheitsdienst) etwas sehr Bedeutendes auf den Weg gebracht, das den Gesundheitsämtern einen starken Schub in Richtung Digitalisierung und die Möglichkeit, neue Stellen zu schaffen, gegeben hat. Dadurch wurde die öffentliche Gesundheit und Gesundheitsförderung gestärkt, um die dahinterliegenden Ziele zu erreichen – wie etwa eine bessere Gesundheit und eine geringere Sterblichkeit, idealerweise über alle Bevölkerungsschichten hinweg. Wir sind weiterhin mit dem Pakt für den ÖGD beschäftigt, der regelmäßig evaluiert wird. Zudem haben wir



im Gesundheitsausschuss Fachgespräche zu vielen relevanten Themen geführt, unter anderem zur Hitze. Letztes Jahr fand der erste bundesweite Hitzeaktionstag statt, und dieses Jahr hatten wir bereits den zweiten im Juni. Das Bundesgesundheitsministerium hat einen bundesweiten Hitzeaktionsplan initiiert, der eine Vernetzung zwischen verschiedenen Stakeholdern angestoßen hat. Auf Landesebene entstehen dabei gute Lösungen. Beispielsweise wurden Hitze-Toolboxen entwickelt, um Entscheidungsträgern in den Kommunen Werkzeuge an die Hand zu geben, mit denen sie auf Hitzeperioden reagieren und ihre Bevölkerung, insbesondere vulnerable Gruppen, schützen können. In Deutschland haben wir jedes Jahr etwa 3.700 Hitzetote, wobei vor allem ältere Menschen, Menschen mit Co-Morbiditäten, Schwangere sowie Personen mit chronischen und psychischen Erkrankungen betroffen sind.

Ein letzter konkreter Punkt dazu: Auch die App des Deutschen Wetterdienstes soll dahingehend verbessert werden, dass Hitzeperioden besser vorhergesagt werden, damit auf lokaler Ebene frühzeitig gewarnt und gehandelt werden kann.

Wir haben ein ganz konkretes Gesetzgebungsvorhaben im Bereich der Nachhaltigkeit und Prävention: das Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM). Dazu wird Herr Wagner gleich ausführlicher sprechen.

Ich möchte jedoch noch einen Punkt zur Krankenhausreform einbringen, der für unsere Themen im Beirat relevant ist: Wie können wir Nachhaltigkeit definieren und welche SDGs werden dabei berührt? Im Zusammenhang mit der Krankenhausreform möchte ich den Bogen schlagen: Wenn es uns gelingt, die Strukturen so zu gestalten, dass kleine Krankenhäuser nicht mehr rund um die Uhr besetzt sein müssen und wir gleichzeitig Betten abbauen können – nicht Krankenhäuser oder Standorte per se, sondern wirklich Betten –, könnten wir bei gleichbleibender Gesundheitsversorgung weniger Ressourcen, einschließlich Personal, aufwenden. Dies hätte einen klimaschützenden, CO₂-vermeidenden Effekt. Als Orientierung: Ein Krankenhausbett verursacht etwa so viel CO₂ wie ein Einfamilienhaus. Die primäre Motivation der Krankenhausreform ist es, eine gleichbleibende

Gesundheitsversorgung sicherzustellen, angesichts der Tatsache, dass weder mehr Personal noch mehr finanzielle Mittel zu erwarten sind. Dennoch wäre dies ein positiver Nebeneffekt, den man beobachten könnte, wenn wir die Krankenhausreform zügig und konsequent umsetzen. Auch der Rettungsdienst müsste an die veränderten Strukturen angepasst werden, damit die Menschen weiterhin eine verlässliche Anlaufstelle im Gesundheitswesen vorfinden. Hier gibt es viele Möglichkeiten.

Ein Thema außerhalb des Gesundheitsausschusses betrifft die zahlreichen Konferenzen in diesem Bereich, wie die zu "WeActCon" (<https://www.weactcon.de/>) oder „Cleanmed" (<https://cleanmed-berlin.de/>). Aus dem Gesundheitsbereich selbst kommen viele Impulse zu diesem Thema, beispielsweise die Frage, wie der Gesundheitssektor selbst zur Nachhaltigkeit beitragen kann. Diejenigen, die im Gesundheitsbereich arbeiten, sind oft sehr stark sensibilisiert und möchten Teil der Lösung sein. Sie fragen sich, wie sie Ressourcen schonen und möglichst nachhaltig arbeiten können, ohne dabei die Qualität ihrer Arbeit zu beeinträchtigen. Es ist motivierend zu sehen, wie viel Unterstützung aus dem Gesundheitsbereich selbst kommt.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Herzlichen Dank und Herr Wagner ergänzt an dieser Stelle.

Abg. **Johannes Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich ergänze gerne, ohne jetzt den Anspruch zu haben, alles abzubilden, was wir im Gesundheitsausschuss seit dem letzten Bericht besprochen haben. Ich habe mir einmal die einzelnen Indikatoren angeschaut, wo Deutschland auf welchem Zielbereich sich bewegt. Wir sind in manchen SDGs-Indikatoren auf einem ganz guten Weg, aber in vielen anderen noch nicht. Gerade, was vorzeitige Sterblichkeit angeht, Adipositasquoten zum Beispiel von Kindern und Jugendlichen aber auch Erwachsenen, da besteht noch viel Nachholbedarf. Wir merken, dass Aspekte, die gar nicht immer alle im Gesundheitswesen behandelt werden, sondern zum Beispiel im Ernährungsbereich oder im Bereich der Mobilität, auch Auswirkungen auf die Gesundheit haben. Das ist spannend für diesen Beirat. Ich würde mir wünschen, dass unsere Minister mehr kommunizieren könnten. Beispielsweise der Ernährungsminister mit dem



Gesundheitsminister, wenn es um das Schulesen geht. Wie kann man hier beispielsweise in Bezug auf gesunde Ernährung, gesunde Lebensmittel und Zucker gemeinsam besser agieren? Denn diese Indikatoren sind auch Teil der Agenda 2030 und gerade bei Adipositas sind wir nicht auf dem Zielweg.

Ansonsten zu den großen Gesetzen: Am Freitag bringen wir das Versorgungsgesetz in die erste Lesung und morgen das Krankenhausgesetz. Beide Gesetze sollen generell die Effizienz im Gesundheitswesen verbessern, was auch einer Form der Nachhaltigkeit entspricht. Daneben gibt es noch das Bundesinstitut für, es ist noch kein fester Name festgelegt, Gesundheit, öffentliche Gesundheit oder Prävention und Aufklärung in der Medizin. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die aktuell diskutiert werden. Eine Lehre aus der Pandemie ist, dass das RKI zwar hervorragende Arbeit geleistet hat, aber dennoch als Public Health Institution, also Präventionsinstitution, noch nicht genug aufgestellt war. Hier gibt es die Idee, dass man gemeinsam mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung neue Strukturen schafft, um auch die Kommunikation zu verbessern. Wir wissen, dass Gesundheitskommunikation von ganz vielen Faktoren abhängt und auch sehr wichtig ist. Ich glaube, viele Menschen erinnern sich noch an die Aids-Kampagnen der BZgA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) von früher. Die waren sehr erfolgreich und wir erhoffen uns, daran anschließen zu können. Auch wenn Aufklärung nur ein kleiner Teil ist, wie zum Beispiel die Forschung zu Tabak zeigt. Wir wissen zum Tabakkonsum, der lange gesunken ist und auch in Deutschland in den letzten Jahren wieder steigt, dass dort der Zugang und der Preis tatsächlich die besseren Konsumbremsen sind. Das heißt, Preis und Zugang sind der Schlüssel. Aufklärung kann nur ein Teil sein, aber ein sehr wichtiger. Die Menschen müssen Bescheid wissen, aber der Staat hat auch insbesondere für die Kinder einen Schutzauftrag. Tabakkonsum ist auch ein SDG-Indikator. Wenn wir die Ziele mit reiner Kommunikation nicht erreicht, ist die Frage, ob der Staat dann seinen Schutzauftrag noch stärker spielen muss. Da es gerade so viele Themen gibt, setze ich hier mal einen Punkt und freue mich auf Ihre Rückfragen. Ich weiß nicht, wie Sie als „Nicht-Fachabgeordnete“ auf dieses

Thema blicken, ob Sie nur von der Krankenhausreform gehört haben oder ob Sie auch die anderen Themen schon mal vernommen haben. Wenn es Rückfragen gibt, stellen Sie sie diese gerne jetzt. Ansonsten haben wir heute auch einen eigenen Tagesordnungspunkt genau zu diesem Thema, was mich sehr freut.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Genau deshalb schlage ich vor, dass wir es jetzt an dieser Stelle nicht vertiefen, denn wir werden ja noch Gelegenheit dazu haben.

Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): TOP 4, Verschiedenes: Vorratsbeschluss über die Durchführung einer Sondersitzung am 11. September 2024. Hintergrund ist die Fertigstellung einer Stellungnahme zur Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie durch den Beirat. In der Obleuterunde haben wir besprochen, dass wir das aus Gründen des Zeitablaufs ausnahmsweise in der Haushaltswoche machen wollen. Das würden wir bei der Präsidentin beantragen und deswegen wollen wir heute den Vorratsbeschluss fassen. Wir haben keine Aussprache verabredet. Ich gehe fest davon aus, dass es in unser aller Interesse ist. Deswegen lasse ich direkt darüber abstimmen, wer für folgenden Vorratsbeschluss ist: „Durchführung einer Sondersitzung des PBnE am 11. September 2024“. Ich bitte um das Handzeichen. Das sind ausnahmslos alle Fraktionen. Damit ist das einstimmig beschlossen. Wir werden es entsprechend beantragen und sobald wir etwas wissen, informieren wir Sie.

Dann eine kurze Information zum Tag der Ein- und Ausblicke am 7. September. Es gibt verschiedene Formate bei denen sich der PBnE beteiligen könnte. Seitens des Beirats wird es jetzt ein Bürgergespräch mit dem Vorsitzenden geben. Andere Formate sind leider nicht zustande gekommen.

Damit bin ich bei diesem Punkt am Ende. Wer hat von Ihnen noch etwas unter diesem TOP anzubringen? Das sehe ich nicht. Dann ist die 67. Sitzung hiermit geschlossen und wir fahren in fünf Minuten mit unserer 68. Sitzung fort. Danke sehr.



Schluss der Sitzung: 17:37 Uhr

Helmut Kleebank, MdB
Vorsitzender



Votenliste

Stand: 25. Juni 2024

lfd. Nr.	Drs.-Nr.	Art	Titel	Berichterstatter	Nachhaltigkeitsbezug	Aussagen zur Nachhaltigkeit	Aussagen plausibel	Votum der BE
1	20/11646	VO	<u>Dritte Verordnung zur Änderung der Energetische Sanierungsmaßnahmen-Verordnung</u>	Armand Zorn, MdB Dr. Andreas Lenz, MdB	ja	ja	ja	keine Prüfbitte
2	256/24	GE	<u>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetzes</u>	Rita Hagl-Kehl, MdB Dr. Wolfgang Stefinger, MdB	ja	ja	ja	keine Prüfbitte
3	236/24	GE	<u>Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesmeldegesetzes (3. BMGÄndG)</u>	Muhanad Al-Halak, MdB Maria-Lena Weiss, MdB	ja	ja	ja	keine Prüfbitte
4	235/24 20/11854	GE	<u>Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)</u>	Tina Rudolph, MdB Volker Mayer-Lay, MdB	ja	ja	ja	keine Prüfbitte
5	234/24 20/11853	GE	<u>Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune (Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)</u>	Tina Rudolph, MdB Volker Mayer-Lay, MdB	ja	ja	ja	keine Prüfbitte